

Ulrich Thien

# Aus der Perspektive der Verlierer und Verliererinnen

## *Bewertungskriterien zu Hartz IV und wachsender Armut*

**Die Arbeitsmarktreformen haben viele Probleme verschärft. Um für Langzeitarbeitslose menschenwürdige Lebensbedingungen zu sichern, ist Umdenken nötig. Kriterien dafür lassen sich aus der Caritasarbeit gewinnen.**

● Menschen, die arbeiten wollen, gibt es in unserem Land im Überfluss. Im Kontext der Arbeitswelt ist der einzelne Mensch zum Spielball unterschiedlichster Interessen geworden. Die Dominanz der Märkte und die wachsende Globalisierung des Kapitals verteilt Einkommen und Vermögen immer ungleicher. Infolgedessen wird der Strukturwandel des Arbeitsmarktes zu einer zukunftsbelastenden Krise. Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik zielen neben einer Verringerung des Lohnniveaus und der Unternehmenskosten auf eine Steigerung der Produktivität, auf leistungsstarke Arbeitnehmer, auf wachsende Gewinne. Letztere werden paradoxerweise derzeit u.a. durch den Abbau von Arbeitsplätzen, über niedrigere Sozialversicherungsbeiträge, Verlagerung von Produktionsstätten in Billiglohnländer u.v.m. erzielt. Durch geringere Beschäftigungszeiten, Teilzeitbeschäftigungen, Ausbau des Niedriglohnssektors u.Ä. kommt es dazu, dass Erwerbsarbeit den Lebensunterhalt für immer mehr Menschen nicht mehr sichert.

Die reale Angst vor Arbeitslosigkeit und Armut lässt viele Menschen still werden. Viele lassen gesteigerten Leistungsdruck, Akkord, Überstunden, schlechte, ungesunde, ausbeuterische Arbeits(platz)bedingungen über sich ergehen, um die Arbeit nicht zu verlieren. Immer mehr Menschen erleben sich an der Grenze des Zumutbaren und Verkräftbaren.

In dieser Situation gewinnen die, die sich am Arbeitsmarkt als schnelle und besonders fitte »Malocher« behaupten und Qualität anbieten können, gute schulische Leistungen oder Geld mitbringen oder sich marktkonform verhalten. Jene, die – aus welchen Gründen auch immer – solche Voraussetzungen, Möglichkeiten und Fähigkeiten nicht haben, verlieren. Auch angeblich sichere Arbeitsverhältnisse oder besonders qualifizierte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sind heute vor dem Verlust von Arbeit nicht geschützt.

Schwächere oder leistungsgeminderte Menschen, psychisch Labile, gesundheitlich Beeinträchtigte, auch »falsch« Qualifizierte oder Überqualifizierte müssen Angst vor Arbeitslosigkeit haben. Ungelernte, Ausbildungsabbrecher, in Maßnahmen der Arbeitsverwaltung »geparkte« Menschen haben fast gar keine Chancen auf dauerhafte Arbeit.

## Das Los, die Arbeit los zu sein

- Arbeitslosigkeit hat verschiedene Gesichter: die arbeitslose Akademikerin; der Gelegenheitsarbeiter; die wegrationalisierte Sekretärin; der Bankangestellte, der z.B. nach dem Verlust der Arbeitsstelle Haus und Gepartees einsetzen muss; der Facharbeiter, dem bescheinigt wurde, mit 53 zu alt zu sein; die allein erziehende Mutter, die den beruflichen Wiedereinstieg wegen der Kinderversorgung nicht schafft; die Supermarkt-KassiererIn auf Stundenbasis; die ohne Bezahlung eingestellten Praktikanten; Hunderttausende geduldeter Ausländer, die nicht arbeiten dürfen usw. Vielfach sind junge Menschen und Frauen die eigentlichen Verliererinnen.

Die Arbeit los zu sein bedeutet, mit erheblich weniger Geld oft sehr lange auskommen zu müssen. Damit verbunden ist das Gefühl, nichts mehr wert zu sein, nicht mehr gebraucht zu werden. Laufende Kosten für Lebensmittel, Kleidung, Miete, Kreditverpflichtungen führen nach

*»Massenarbeitslosigkeit hat die Menschen unsicher und kleinlaut gemacht.«*

kurzer Zeit zu Überschuldungen und zum »Offenbarungseid«. Viele haben »zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel«. Der Verlust des Arbeitsplatzes führt sowohl in eine persönliche als auch in eine soziale Katastrophe. Mit der Arbeit verlieren viele ein großes Stück ihrer Identität, was schnell zum Auslöser von psychischen oder psychosomatischen Krankheiten wird. Fähigkeiten, Hoffnungen und Ideale können bei den üblichen gesellschaftlichen Negativzuschreibungen in den Hintergrund geraten.

Massenarbeitslosigkeit hat die Menschen unsicher und kleinlaut gemacht. Die Betroffenen sind keine homogene Gruppe. Jede der 4 Millio-

nen registrierten Arbeitslosen, jeder der 7,4 Millionen SGB II-Bezieher hat eine individuelle Geschichte, die sich immer auch auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Verursachungszusammenhänge bezieht.

## Die Hartz-Reformen

- Die Diskussionen um die Zukunft der Arbeit waren in den letzten Jahren durch die Auseinandersetzungen um die Hartz-Reformen gekennzeichnet. Hartz I-III zielen auf Veränderungen bei der Bundesagentur für Arbeit und bei arbeitsmarktpolitischen Instrumenten. Hartz IV als Schwerpunkt der Reformen beinhaltet im Wesentlichen die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum neuen Sozialgesetzbuch II (SGB II). Nach diesem Gesetz erhalten Langzeitarbeitslose (Menschen ab dem 2. Jahr ihrer Arbeitslosigkeit) Angebote zur Integration in Arbeit, notwendige individuelle Hilfen, Beratung und materiellen Leistungen. Konkret sieht das Szenario so aus:<sup>1</sup>

Langzeitarbeitslose sowie bisherige Sozialhilfebeziehende und Arbeitslosenhilfebeziehende werden zukünftig nur noch von einer Stelle, dem »JobCenter«, in all ihren Lebenslagenbereichen »versorgt«, wenn das 16-seitige Antragsformular nebst allen Belegen rechtzeitig bei der zuständigen Stelle abgegeben ist. Anspruchsberechtigt sind arbeitslose Personen und ihre Angehörigen zwischen 15 und 65 Jahren, die mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig sein können, hilfebedürftig sind und erst ihr angespartes Vermögen bis zu bestimmten Freigrenzen verbraucht haben. Alle individuell notwendigen Leistungen regelt der »Persönliche Ansprechpartner« oder »Fallmanager«. Hierbei steht das Ziel im Vordergrund, die Erwerbsfähigkeit zu erhalten, zu verbessern oder wiederher-

zustellen. Gleichzeitig geht es darum, die Dauer der Hilfebedürftigkeit so kurz wie möglich zu halten.

Per »Eingliederungsvereinbarung« erhalten die Arbeitsuchenden individuelle Leistungen in Form von Beratung und sozialer Betreuung z.B. bezüglich Sucht-, Überschuldungs-, Wohnungs- oder Sprachproblemen oder familiären Konfliktlagen. Materielle Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts werden in Höhe von € 345,- als Regelsatz gewährt, sowie »angemessene« Kosten für die Wohnung und Heizung. Gemäß dem vorgegebenen Grundsatz des »Fordern und Fördern« verpflichten sich die Langzeitarbeitslosen zur aktiven Mitwirkung. Ohne Berücksichtigung individueller Problem- und Lebenslagen muss jede Arbeit angenommen werden. Andernfalls können Sanktionen in Form einer 30%igen materiellen Kürzung für drei Monate bis hin zu einer Kürzung der Regelleistung auf Null fällig werden. Für die Gruppe der unter 25-Jährigen bedeutet dies eine 100%ige Streichung der Leistungen mit Ausnahme der Kosten für Unterkunft und Heizung.

## Trauer und Ängste

● Zahlen und Statistiken verdeutlichen konkrete Dimensionen, zugleich verschleiern sie Einzelschicksale und sagen nichts darüber aus, wie es den Menschen geht. »Ich bin mit den Nerven am Ende«, sagt eine 53-jährige Frau, dessen Mann seit fünf Jahren arbeitslos ist. Wie kann eine vierköpfige Familie mit € 1000,- einen Monat lang leben? »Einkaufen bei den billigsten der Billig-Discounter, viel Nudeln auf den Tisch und wenig Obst. Dazu hoffen, dass die Waschmaschine nicht kaputt geht oder die Kinder nicht schon wieder einen teuren Atlas zu € 35,- brauchen. Von unserem früheren großen Freundes-

kreis sind zwei übrig geblieben. Ausgehen ist nicht, keine Kirmes. Aber alle zwei Monate gehe ich zum Frisör.« Der Mann hat inzwischen resigniert, nur der Überlebenswille der Frau hält die Familie zusammen.

Solche Beispiele gibt es millionenfach mit immer neuen Facetten. Vieles erzählen Betroffene erst im dritten Beratungsgespräch oder verschweigen es auch dann noch: die wirklichen Ängste, Enttäuschungen, Demütigungen, die Verletzung des Schamgefühls, das vermeintlich eigene Versagen oder auch die Unfähigkeit, von anderen Hilfen anzunehmen oder sich selbst zu helfen. Engagierten Christen, professionellen Beratern und anderen sind solche »hoffnungslosen Fälle« nicht gleichgültig. Denn Wertschätzung und konkrete Mithilfe zu einem menschenwürdigen Leben sind wichtige Ziele für ein gelingendes Miteinander in unserer Gesellschaft.

## Sozialethische Bewertungen

● Nimmt man die Trauer und Ängste, aber auch die Hoffnungen und Wünsche der Verliererinnen und Verlierer<sup>2</sup> der Hartz-Reformen wahr, dann ist aus sozialethischer Sicht darauf zu achten, dass Langzeitarbeitslosen und Geringqualifizierten neue Chancen auf eine dauerhafte Beschäftigung eröffnet werden und ihre Lebenssituation nachhaltig verbessert wird. Dazu im Folgenden sieben zentrale Bewertungsaspekte:

1. *Armutsspirale:* Für den Großteil der Betroffenen hat sich die Situation durch die Hartz-Reformen deutlich verschlechtert. Die Unsicherheit hat zugenommen. Im Laufe der letzten zwei Jahre sind die SGB II-Bezieher auf über 7,4 Millionen Menschen deutlich angestiegen und es kann davon ausgegangen werden, dass weitere 1,5 Millionen Menschen keine Leistun-

gen in Anspruch nehmen.<sup>3</sup> Über 10% der Bevölkerung leben mittlerweile unter der Armutsgrenze, 25% gelten als armutsgefährdet. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung lebt also am Rande des Existenzminimums »von der Hand in den Mund«. Gleichzeitig wächst in Deutschland der Reichtum. Die Pole der Einkommensverteilung driften weiter auseinander: 50% der Haushalte besitzen weniger als 4%, während die oberen 10% der Haushalte über 47% des Nettovermögens verfügen. Hierdurch wird die Spaltung der Gesellschaft vorangetrieben. Solidarität bröckelt und der soziale Friede ist gefährdet.

*2. Kriterien für menschenwürdiges Leben:*

Die materiellen Rahmenbedingungen des SGB II ermöglichen in vielen Fällen und insbesondere bei Familien mit Kindern keine angemessene Teilhabe am Leben der Gesellschaft, an Bildung, Ausbildung, Gesundheit, Wohnen und Arbeit. Deshalb ist die Forderung berechtigt, eine ausreichende materielle Existenzsicherung als

**»Lückenbüßer für  
wegfallende staatliche  
Grundsicherungsmaßnahmen«**

Grundlage für ein »Leben in Fülle« in allen Bereichen sicherzustellen. Das bedeutet nach Erfahrungen der Freien Wohlfahrtspflege, den Regelsatz von € 345,- um etwa 20 % anzuheben. Beihilfen für nicht alltägliche Ausgaben wie Krankheitskosten oder Schulbücher und -materialien müssen wieder ermöglicht werden. Geforderte »angemessene« Wohnungen (Preis und Größe) müssen zur Verfügung stehen.

*3. Engagierte als Reparaturmeister:* Angeichts dieser Situation ist ein neues Gefühl von sozialer Verantwortung für Menschen in Not entstanden. Christen und andere erkennen die »Zeichen der Zeit« und engagieren sich für andere Menschen, die nicht genügend zum Essen, zum

Anziehen, an Möbeln und Haushaltsgegenständen haben. Wohlfahrtsverbandliche sowie kirchengemeindliche Initiativen stellen sich vermehrt darauf ein, Angebote wie Suppenküchen, Kleidershops, Möbelhäuser, Tafelläden, soziale Kaufhäuser oder die Ausstellung von Lebensmittelgutscheinen auszuweiten. Es besteht aber die Gefahr, dass solche Hilfen zum Lückenbüßer und Ausfallbürgen für wegfallende staatliche Grundsicherungsmaßnahmen werden. Politiker verhalten sich oft widersprüchlich, indem sie das Engagement loben, aber verschweigen, dass der Staat durch solche Hilfen Milliarden einspart. Anstelle eines aktivierenden Sozialstaats sind Tendenzen eines alimentierenden, minimalen Sozialstaats erkennbar, wenn verstärkt auf Stiftungen, Suppenküchen und Almosen gesetzt wird. Eine Hartz IV-Betroffene drückt das so aus: »Die Seele braucht keine weiteren Almosen, sondern eine Bestätigung, dass man nützlich ist.« Kirchengemeinden, Verbände, ehrenamtliche Initiativen müssten um der Gerechtigkeit willen weiter darüber nachdenken, eigene Ressourcen, Räume, Arbeitsplätze, Wohnungen, neue Dienstleistungen als Arbeits- und Lebensräume für und mit langzeitarbeitslosen Menschen einzusetzen.<sup>4</sup>

*4. Einheitliche Standards:* Der Caritasverband für die Diözese Münster<sup>5</sup> sowie andere Caritas- und Wohlfahrtsverbände haben sich schon in den 1980er-Jahren dafür ausgesprochen, soziale Sicherungssysteme zusammenzulegen, um

**»Gleichgewicht zwischen  
»Fordern und Fördern«**

Synergien zu nutzen. In diesem Sinne bieten die Hartz IV-Reformen Chancen einer integrierenden Förderung von Langzeitarbeitslosen. Gleichzeitig hat die Freie Wohlfahrtspflege immer wieder Nachbesserungen der Arbeitsmarktreformen gefordert, nicht um einen vermeintlichen Miss-

brauch zu bekämpfen, sondern um ein Gleichgewicht zwischen »Fordern und Fördern« herzustellen. Dem erhöhten Druck, jede angebotene Beschäftigung auch tatsächlich anzunehmen, muss auf der anderen Seite die aktivierende Befähigung der Arbeitslosen entsprechen, eine ihnen angemessene Beschäftigung zu finden und auszuüben. Die Caritaserfahrung, »Hartz IV ist überall anders«, macht deutlich, dass Mindeststandards für die Absicherung langzeitarbeitsloser Menschen zur Verfügung stehen müssen, um persönliche Katastrophen zu vermeiden. Zum Beispiel müsste die unzulässige und unberechtigte Streichung des Arbeitslosengeldes II während einer längerfristigen stationären Suchttherapie verhindert werden.

*5. Soziale Gerechtigkeit:* Durch Hartz IV hat ein Paradigmenwechsel stattgefunden. Es steht nicht mehr die Unterstützung der Hilfebefürftigen im Mittelpunkt, um ihnen ein möglichst normales Leben zu ermöglichen. Ziel ist vielmehr die Verringerung der gesellschaftlichen Kosten. Man gewinnt den Eindruck, dass das Problem der Massenarbeitslosigkeit nicht primär ein Problem des Arbeitsmarktes ist, sondern ein Problem der Arbeitslosen. Hierbei wird die Realität des Arbeitsmarktes völlig ausgeblendet.

Spätestens Hartz IV hat die Gerechtigkeitsdebatte neu entfacht. Eine Gesellschaft besitzt offenkundig Gerechtigkeitslücken, wenn Menschen auf ihre ökonomische Verwertbarkeit reduziert werden, Arbeitslosen dauerhaft Er-

### »Gerechtigkeitslücken«

werbsarbeit vorenthalten wird, sie nicht am Wohlstand aktiv beteiligt und stattdessen durch Missbrauchsverdächtigungen pauschal verurteilt werden. So werden die »Opfer« zu vermeintlichen »Tätern« erklärt, die durch entsprechende Anreize zu einer gesellschaftlich konformen Leis-

tungsbereitschaft angehalten werden sollen. Demgegenüber steht die sozialetische Maxime: »Ohne Verteilungsgerechtigkeit gibt es keine Chancengerechtigkeit, Befähigungsgerechtigkeit oder Beteiligungsgerechtigkeit.«<sup>6</sup>

*6. Gesellschaftliche Mitgestaltung:* Die Arbeitsmarktreformen nach Hartz IV haben die erwünschten Effekte der Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt nur zu einem kleinen Teil erbracht. Dies ist insbesondere darin begründet, dass in den neuen

### »wenig Kreativität bei der Vermittlung«

Institutionen zu wenig Kreativität bei der Vermittlung langzeitarbeitsloser Menschen festzustellen ist. Vorschnell wird ausschließlich die Arbeitsgelegenheit als Standardlösung angeboten, doch schon bei komplexeren Problemlagen wie z. B. bei allein erziehenden Frauen wird selbst auf diese Vermittlung verzichtet, da dann ja auch noch ein Platz in einer Kindertagesstätte zu organisieren wäre. Dabei zeigen z.B. die Erfahrungen einer 45-Jährigen: »Über den Zusatzjob in der Möbelbörse habe ich Selbstvertrauen bekommen. Die Caritas hat mir viel zugetraut, dadurch habe ich Wertschätzung erhalten, und mein Tag hat wieder eine Struktur und einen Sinn erhalten.«

Vorhandene gute arbeitsmarktpolitische Instrumente sollten konsequenter und zielgenauer eingesetzt werden. Hartz IV kann nur dann Erfolg haben, wenn die Anzahl der Arbeitsplätze überproportional ansteigt und der Haushaltsan-satz auf allen Ebenen weiter ausgestaltet wird. Das Lebenslagenkonzept müsste neben der Erwerbsarbeit verstärkt auch die Bereiche Bildung, Gesundheit, gesellschaftliche Teilhabe und Existenzsicherung einbeziehen, d.h. ganzheitlich neue Wege mit den Menschen entwickeln. Zu-

dem benötigten Menschen mit gravierenden und multiplen Vermittlungshemmnissen eine langfristige und dauerhafte Grundfinanzierung ihres Arbeitsplatzes als Entschädigung für die vorhandene Leistungseinschränkung sowie eine angemessene Betreuung an ihrem Arbeitsplatz (»dritter Arbeitsmarkt«).

Aus sozialetischer Sicht ist darauf zu achten, dass Langzeitarbeitslosen und Geringqualifizierten mit solchen Maßnahmen neue Chancen auf eine dauerhafte Beschäftigung eröffnet werden und ihre Lebenssituation nachhaltig verbessert wird. Unabhängig von der aktuellen Ver-

**»Menschliche Arbeit gehört unverzichtbar zur menschlichen Würde.«**

fasstheit des Arbeitsmarktes müssen Christen sich entsprechend dem Sozialwort der Kirchen (1997) dafür einsetzen, dass allen Menschen Zugang zum Arbeitsmarkt eröffnet wird. Menschliche Arbeit ist Voraussetzung für Identitätsbil-

dung, sie gehört unverzichtbar zur menschlichen Würde. Und Arbeit darf nicht arm machen.

7. *Bewertungskriterien fortschreiben:* Angesichts der Fortschreibung der Sozialgesetzgebung in den vergangenen drei Jahren durch eine veränderte Arbeitsmarktpolitik und die Auswirkungen der Wirtschafts-, Steuer-, Gesundheits-, Renten und Familienpolitik ergeben sich für Teilhabechancen und Lebensperspektiven erhebliche Veränderungen und neue Denkrichtungen. Das beschriebene Auseinanderdriften der Gesellschaft und die damit verbundenen konkreten Auswirkungen auf das (Über-)Leben von einem Drittel der Bevölkerung stellt die Fragen von Standards, verändertem Menschenbild, von Gerechtigkeit, Strukturen der Sünde, menschengerechten Städten und Kirchengemeinden, menschenwürdiger Arbeit, Beteiligungsgerechtigkeit, anwaltschaftlicher Interessenvertretung u.v.m. ganz neu. Dies sind aktuelle Herausforderungen für sozialetische Bewertungskriterien, auf die soziale Arbeit, Gemeindepastoral, aber auch Politik und Gesellschaft dringend angewiesen sind.

<sup>1</sup> Vgl. Caritas in NRW (Hg.), Orientierungshilfe zu Hartz IV, Düsseldorf 2005, 10.

<sup>2</sup> Vgl. Gaudium et spes Nr. 1

<sup>3</sup> Diese Ergebnisse wurden durch die Studie der Hans-

Böckler-Stiftung (Oktober 2006) erschreckend bestätigt.

<sup>4</sup> Vgl. Gaudium et spes Nr. 4, vgl. auch Ulrich Thien, Wohnungsnot im Reichtum. Das

Menschenrecht auf Wohnung in der Sozialpastoral, Mainz 1997, 206ff.

<sup>5</sup> Caritasverband für die Diözese Münster (Hrsg.), Arme haben keine Lobby.

Caritas-Report zur Armut, Freiburg 1987

<sup>6</sup> Armes reiches Deutschland, Jahrbuch Gerechtigkeit, Frankfurt 2005, S.29

**Internethinweis:**

Materialien zum Thema, v.a. die »Orientierungshilfe zu Hartz VI« der Caritas in Nordrhein-Westfalen unter <http://www.caritas-nrw.de>